

Aktuell

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Wohnen**

Band (Jahr): **72 (1997)**

Heft 6

PDF erstellt am: **08.08.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ruhe vor dem Sturm?

Die Vorlage für den neuen WEG-Rahmenkredit hat eine erste Hürde genommen: Die ständerätliche Kommission empfiehlt sie einstimmig zur Annahme. Im Nationalrat dürfte das Geschäft mehr zu reden geben.

Die im Vergleich zu den Vorjahren massiv reduzierte Vorlage passierte die Beratung in der Wirtschaftskommission des Ständerates ohne namhaften Widerstand. Weder die FDP-Hardlinerin Vreni Spoerry noch der SVP-Deregulierer Christoffel Brändli opponierten grundsätzlich gegen die Absicht des Bundesrates, das WEG drei weitere Jahre mit – wenn auch bescheidenen – Mitteln auszustatten. Der einstweilige Wohnfrieden beruht auf einem gut verteilten Nutzen für Wohnbauträger und Eigentümer/innen: gefördert wurden seit 1975 rund 61000 Miet- und 29000 Eigentumsobjekte.

Wie tragfähig diese Basis ist, wird sich allerdings erst in den nächsten Monaten wirklich zeigen. Sollten in dieser Zeit mehrere Liegenschaften, bei denen der Bund engagiert ist, ins Rutschen kommen, wird es den Gegner/innen im Nationalrat nicht an Beispielen fehlen. Dass das Risiko handfest ist, führte der Beinahe-Konkurs der Berner Locacasa vor Augen.

Auch die Hauseigentümer/innen sind ernüchtert. Eine Untersuchung der Geschäftsprüfungskommission zur Wohnbauförderung legt den Schluss nahe, dass die WEG-Eigentumsförderung nur einen

Mitnahmeeffekt bringt: Ohnehin erstellte Eigentumsobjekte garnieren einfach einen Zuschuss des Staates.

Andere Politiker fordern einen Wechsel von der Objekthilfe zur gezielten Subjektförderung für unterste Einkommen. Dabei stiege der Bund aus der direkten Wohnbaupolitik aus; mit dem Effekt, so rechnet das BWO, dass die Kosten für nicht rückzahlbare Gelder massiv zunehmen.

Die Mieterverbände stützen zwar den vorliegenden Rahmenkredit-Vorschlag, wollen aber eine Reform unter Beibehaltung der staatlichen Wohnpolitik, die, sagt Nationalrat Rudolf Strahm, «je nach Entwicklung der Wirtschaft in wenigen Jahren wieder existenziell werden kann.» Der Mieterverbandspräsident ist jedoch nach Ablauf des Rahmenkredits für Neues offen. «Insbesondere das Problem der Staffelmieten müssen wir angehen», sagt Strahm und schliesst nicht aus, dass auch die WEG-Finanzierungsmodelle geändert werden müssten. (mk/mw)

Das Kind mit dem Bade ausschütten?

Der Berner SVP-Nationalrat Samuel Schmid hat offenbar davon Wind bekommen, dass auch unter den Mieter/innen von WEG-Wohnungen solche sind, die den Eigennutz vor das Wohl der Wohnbauförderung stellen. Jedenfalls reichte er im Oktober 1996 eine Interpellation ein, die nach den Konsequenzen fragte, wenn das «Wohneigentumsförderungsgesetz» abgeschafft würde. (Die fehlerhafte Bezeichnung

des Gesetzes zeugt nicht eben von grosser Sachkunde.) Ins Auge gestochen war dem Interpellanten insbesondere, «dass Mieter aus subventionierten Mehrfamilienhäusern mit – WEG-bedingt – steigenden Mietzinsen ausziehen und in subventionierte Neubauwohnungen umsiedeln» (sog. WEG-Hüpfen). Aus der Stellungnahme des Bundesrates vom März 1997 ist indes nicht viel Neues zu erfahren; ein Hinweis auf die WEG-

Botschaft und deren Begründung hätte eigentlich genügt. Mitunterzeichnende der Interpellation waren die Nationalräte/innen

Alexander J. Baumann (SVP TG), Peter Baumberger (CVP ZH), Toni Brunner (SVP TG), Lisbeth Fehr (SVP BE), Ulrich Giezendanner (SVP AG), Ueli Maurer (SVP ZH), Simon Schenk (SVP BE), Ulrich Schlüer (SVP ZH) und Werner Vetterli (SVP ZH).



21 Jahre

In Alu einbrennlackiert, mit festen oder bewegl. Lamellen, direkt ab Werk.

Fabrikation · Verkauf · Montage

MIKULA AG
2502 BIEL 3014 BERN
Gurzelenstr. 6 Elisabethenstr. 51
032 344 19 60 031 348 00 50